



Nationale Hilfen für Bauernfamilien überfällig!

Heidl bekräftigt Forderungen gegenüber der deutschen Agrarministerkonferenz in dieser Woche

München (bbv) – Von Mittwoch bis Freitag kommen die Agrarminister der Länder mit Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt in Mecklenburg-Vorpommern zusammen. Auf der Agenda der Agrarministerkonferenz (AMK) steht auch die existenzbedrohende Situation vieler deutscher Bauernhöfe. Bayerns Bauernpräsident Walter Heidl bekräftigt gegenüber den deutschen Agrarministern seine Forderungen nach schnellen, wirksamen Hilfen für die Bauernfamilien, um die drohende Wirtschaftskrise in der Landwirtschaft abzuwenden. Die Zukunft vieler Betriebe und Arbeitsplätze, auch im vor- und nachgelagerten Bereich, steht auf dem Spiel.

Die Preise für landwirtschaftliche Produkte liegen am Boden. Gerade bei Milch, Fleisch, Ferkeln und vielen Marktfrüchten spitzt sich die desaströse Situation weiter zu. „Jetzt sind wirksame Maßnahmen nötig, damit die bäuerliche Landwirtschaft nicht in eine strukturelle Wirtschaftskrise schlittert“, sagt Bauernpräsident Walter Heidl. Besonders fatal sei es gerade für die bäuerlichen Familienbetriebe, dass die Politik in dieser Situation auch noch eine Schippe drauf legt. „Während die Betriebe unter den ruinösen Erzeugerpreisen leiden, werden nämlich neue, überzogene Auflagen und Regelungen national diskutiert, die viele Familienbetriebe vor unlösbare Probleme stellen oder gar zum Aufgeben zwingen würden“, sagt Heidl.

Um in dieser Situation zu helfen, hat der Bayerische Bauernverband einen Katalog mit wirksamen Ansatzpunkten als Forderungen auf den Weg gebracht. „Auch durch die nationale Politik braucht es dringend ein Paket an wirksamen Maßnahmen, um die Existenz der bäuerlichen Familienbetriebe in Bayern zu sichern“, erklärt Heidl. Nötig seien Initiativen zur Stabilisierung der Agrarmärkte über umsetzbare Kriseninstrumente der europäischen Marktordnungen und vor allem zur Absatzförderung für heimische Erzeugnisse. „Die deutschen Agrarminister müssen zudem bundespolitisch steuerliche Entlastungen sowie weitere Entlastungen bei den Sozialversicherungsbeiträgen erreichen“, betont Heidl. „Es geht jetzt um nicht weniger als um die Existenz der bäuerlichen Familienbetriebe in Bayern“.

Auch politische Maßnahmen, um die massiven Folgen des russischen Handelsembargos für Lebensmittel aus dem Westen in den Griff zu bekommen und die immense Marktmacht der großen Handelskonzern einzudämmen, fehlen nach wie vor. Die ruinöse Preispolitik des Lebensmitteleinzelhandels wird in dessen Prospekten und an der Theke täglich überdeutlich, gleichzeitig aber wird häufig mit regionalem Bezug geworben. „Die Länderregierungen und die Bundesregierung dürfen nicht länger zusehen, sondern müssen zur Abwehr der strukturellen Wirtschaftskrise für die bäuerliche Landwirtschaft jetzt handeln“, betont Heidl. Den gesamten Forderungskatalog finden Sie unter www.BayerischerBauernVerband.de/forderungen-wirtschaftskrise.